

Jos. Schütt

RUDOLPH PETERSEN

Hamburgs Interessen und die CDU.

Rede gehalten auf der öffentlichen Groß-Kundgebung
der Christlich-Demokratischen Union, Landesverband Hamburg,
am 12. Juli 1946 in der „Flora“, Hamburg-Altona

Mit Genehmigung der Militärregierung

Der Hamburger Kaufmann Rudolph Petersen wurde am 15. Mai 1945 von der britischen Militär-Regierung zum Bürgermeister der Hansestadt Hamburg berufen.

Mitte Juni 1946 vollzog sich unter seiner Führung in der politischen Gruppierung der Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft ein bedeutsames Ereignis.

Zusammen mit 13 Mitgliedern der Fraktion der Parteilosen trat Bürgermeister Petersen der Christlich-Demokratischen Union bei. Dieses Ereignis hat ein lebhaftes Echo weit über die Grenzen Hamburgs hinaus gefunden.

Es heißt in der Erklärung der 14 Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft:

„Nach der politischen Entwicklung der letzten Zeit ist die Mehrzahl der Mitglieder der Fraktion zu der Überzeugung gekommen, daß der politische Wille der einzelnen Staatsbürger nur im Rahmen einer politischen Partei zur Geltung gebracht werden kann und daß diesem Gesichtspunkt die in manchen Bevölkerungsteilen bestehende Abneigung gegen die Eingliederung in politische Parteien untergeordnet werden muß.“

In der überfüllten Kundgebung am 12. Juli 1946 führte Bürgermeister Petersen folgendes aus:

Es ist das erste Mal, daß ich zu einer so großen Parteiversammlung spreche und als Bürgermeister muß ich mir naturgemäß Beschränkungen auferlegen, das ist garnicht so einfach. Sie werden deshalb hoffentlich Verständnis dafür haben, daß ich mich an mein Manuskript halte, was ich an sich durchaus nicht gern tue. Als Trost sage ich mir, von zündenden Reden haben wir, glaube ich, alle in den letzten Jahren genug gehabt.

Geschichtliche Entwicklung

Ich möchte damit anfangen, Ihnen zu sagen, was mich in den Jahren der Nazizeit, besonders aber in der Kriegszeit, weitgehend aufrechterhalten hat. Es ist das Bewußtsein, daß das deutsche Geschehen nicht das blinde Spiel eines unglücklichen Geschickes war, sondern das Ergebnis einer Entwicklung, die zu einer Eruption führen mußte. Im Laufe der Jahrhunderte ist es stets so gewesen, daß Erfindungen, Entdeckungen und soziale Entwicklungen, wenn sie einen bestimmten Grad erreicht hatten, unweigerlich zu kriegerischen oder revolutionären Erschütterungen führten. Ich denke dabei an den dreißigjährigen Krieg, der eine Folge der entstandenen Religionsspannungen war, an die französische Revolution, die ausgelöst wurde durch die Entwicklung des dritten Standes, des Bürgertums, das sich allmählich das vorher allein vom Adel und der Geistlichkeit erworbene Bildungsgut in Verbindung mit wirtschaftlichen Leistungen zu eigen gemacht hatte. Ich denke an die Umwälzungen durch die Entdeckung Amerikas, die Erfindung der Buchdruckerkunst usw. Die Periode der Erschütterungen, die mit dem ersten Krieg begonnen hat und sich dann im Kommunismus, im Faschismus, Nationalsozialismus und dem zweiten Weltkriege fortsetzte, hat nur die Folgen offenbart, die ein ungehemmter Materialismus und die Unterordnung des Menschen unter die Allmacht der Technik hat entstehen lassen. Die Tatsache, daß fast dauernd viele Millionen Arbeitslose in Europa und Amerika zu einem Drogen-Dasein verurteilt waren, mußte zu einer Änderung in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Menschheit führen. In Zeiten der heranreifenden Änderung der strukturellen Verhältnisse genügt schon ein mäßiger Geist, wenn er nur die nötige Hemmungslosigkeit und Rücksichtslosigkeit besitzt, um Erschütterungen allergrößten Umfanges herbeizuführen. Dafür ist ein Beispiel Herr Hitler.

Diese Änderung im sozialen und wirtschaftlichen Aufbau der Welt wird von den meisten Menschen bewußt, meist aber unbewußt nicht erkannt. Man möchte zu gern, daß der Zustand von vor 1914 möglichst unverändert wiederkäme. Das ist aber vollkommen ausgeschlossen. Die jetzige Lage unseres Volkes, die allgemeine Verarmung, unsere Abhängigkeit von den Siegern, und vieles andere, erzwingen einfach Änderungen. Die Frage eines gerechten Ausgleichs zwischen den Menschen, die alles verloren haben, ihr Heim, ihr Vermögen, ja, ihre ganze persönliche Habe, und denen, die vom Kriege weitgehend verschont wurden und relativ gut leben,

muß eine Lösung finden. So ist es eine selbstverständliche Pflicht, daß wir für die Kriegsbeschädigten, die wohl das schwerste Opfer der Nazizeit gebracht haben, alles tun müssen, was in unseren Kräften steht, um ihnen Hoffnung und Lebensmut wiederzugeben. So ist es ferner unsere Pflicht, den unglücklichen Menschen, die zu irgend einer Zeit Haus und Hof verlassen mußten, ein Heimatgefühl wieder zu vermitteln. Ihnen muß mit Verständnis und tatkräftiger Hilfe zur Seite gestanden werden, bis viele hoffentlich einmal in die Gebiete zwischen Elbe und Oder zurückkehren können, über deren zukünftiges politisches Schicksal die Alliierten sich ja die Entscheidung noch vorbehalten haben.

All diesen Fragen muß auch von den politischen Parteien Rechnung getragen werden. Die Erfahrungen, die Deutschland mit der Vielheit der Parteien vor 1933 und der einen einzigen Partei in der Zeit des Nationalsozialismus gemacht hat, waren so erschütternd, daß die Menschen begreiflicherweise jetzt eine tiefe Abneigung gegen jede Parteipolitik haben. Trotzdem sollen wir Deutschen nun unvermittelt die Demokratie und sogar das parlamentarische System durch Wahlen mit Hilfe politischer Parteien meistern. Das ist sehr schwer, trotzdem müssen wir damit fertig werden, denn davon hängt weitgehend ab, ob und wann wir wieder Kontakt mit der Außenwelt finden, und dieser Kontakt ist zum mindesten für Hamburg von lebenswichtiger Bedeutung. In der bisherigen geistigen und wirtschaftlichen Isolierung können wir nicht atmen.

Jugend

Zunächst möchte ich über ein Problem sprechen, das mir ganz besonders am Herzen liegt, und zwar das der Jugend. Es gilt, die Jugend für das Staatsleben zu gewinnen und an die Verantwortung heranzuführen. Dazu gehört viel Geduld und Verständnis, insbesondere aber das unbedingte Zutrauen in den gesunden Instinkt und den Idealismus der Jugend. Dieses Zutrauen habe ich.

Schon deshalb sollten wir Älteren im politischen Kampfe nicht miteinander polemisieren, sondern gemeinsam arbeiten. Unsere Auseinandersetzungen sollten grundsätzlich und sachlich bleiben, frei von Gehässigkeit. Gewiß, wo gehobelt wird, fallen Späne, aber wir würden durch Gezank und gegenseitige Verunglimpfung gerade dem wertvollsten Teil der jungen Generation den Weg zu den Parteien verbauen.

Das Jugendproblem hat eine geistige und eine materielle Seite. Geistig braucht die Jugend Ideale. Die hat sie immer gehabt, nur hat die Nazilehre diesen Idealismus in den letzten zwölf Jahren frevelhaft mißbraucht. Man hat nicht zum kritischen und verantwortlichen Denken erzogen, sondern zum blinden Gehorsam. Wie kann aber eine zur Blindheit erzogene Jugend die Welt geistig erneuern? Ich möchte an die Ideale der Jugendbewegung erinnern, die wir vor 1933 gekannt haben. Diese Jugendbewegung lehnte sich gegen vieles Morsche und Alte auf. Sie wollte mitbestimmen und mitverantwortlich sein. Was aber nach 33 kam, das war keine Mitbestimmung und Mitverantwortung im Sinne des selbständigen Denkens und Handelns, sondern das war eine Einreihung der Jugend in Marschkolonnen, das war eine Mechanisierung und Vermassung des Jugenddenkens. Das war Zwangserziehung zum Kadavergehorsam. Wohin uns diese blinde Gefolgschaft geführt hat, das haben wir mit Grauen erlebt. Die Jugend will und braucht Führung, aber sie muß sich frei entscheiden können über die Art der Führung. Sie muß die Gefolgschaft versagen können, wenn die

Führung schlecht ist oder gar unmenschlich und rechtlos handelt. Ich verstehe unter Freiheit, sich frei entscheiden können und gegebenenfalls selber die Führung in die Hand zu nehmen, wenn die Voraussetzungen des Könnens, der Begabung und der Persönlichkeit dazu gegeben sind.

Kritisch wenn nicht traurig liegen die Verhältnisse der Jugend bezüglich ihrer materiellen Entwicklungsmöglichkeit. Wir lebten bisher in einer Überschätzung des Akademikertums. Viele praktische Berufe erforderten zum mindesten das Abitur. Man sah im Hochschulstudium nicht so sehr eine geistige Verpflichtung als den materiellen Nutzeffekt. Bildung soll aber nicht allein eine Waffe im Wettbewerb sein, sondern geistige und kulturelle Verpflichtung. Deshalb sollte nur derjenige Akademiker werden, der die innere Berufung dazu hat, ganz gleich, aus welchen Kreisen er stammt. In Zukunft werden die akademischen Berufe nicht mehr sehr aufnahmefähig sein, die Jugend wird also weitgehend in die praktischen Berufe zurückkehren müssen, und das ist gut, denn diesen sind bisher viele ihrer besten Kräfte durch die akademischen Berufe entzogen worden. Die Jugend wird in der Klein- und Mittelwirtschaft, besonders aber im Handwerk und im Einzelhandel Möglichkeiten des Aufstiegs finden und damit diese Berufsgruppen von ihren chronischen Nachwuchsschwierigkeiten befreien. Von solcher Betätigung verspreche ich mir große Möglichkeiten der handwerklichen Erneuerung, denn die Technik hat in den letzten Jahrzehnten in der Gebrauchsgüterindustrie viele Gegenstände des häuslichen Bedarfes entseelt. Vom Handwerk her kann eine neue Blüte des Qualitätsproduktes entstehen. Das gilt insbesondere für das Bauhandwerk und das Gebiet des Kunstgewerbes. Das Meisterideal, der Wille zur geschlossenen Persönlichkeit, zur Eigenverantwortlichkeit, die im Handwerk gelebt wird, ist gleichzeitig die beste Grundlage demokratischer Lebensauffassung.

Noch verharren weite Kreise der Jugend in Skepsis, Gleichgültigkeit und Mißtrauen. Sie legen nicht mit Hand an, trotzdem unsere Häuser und Fabriken noch zum großen Teil in Trümmer liegen und unzählige Kriegsbeschädigte auf ihre Prothesen und Flüchtlinge auf Neubeschaffung ihrer verlorenen Habe warten.

Irgendwie aber lebt unser Volk trotz alledem!! Es hat den Willen zur Arbeit. Man darf ihm nur nicht den Weg durch bürokratische Schwierigkeiten und durch Hoffnungslosigkeit auf eine bessere Zukunft versperren! Die Engländer kritisieren unseren Mangel an Initiative. Das ist völlig unberechtigt. Es fehlt nur am erkennbaren Ziel und an der nötigen Bewegungsfreiheit, das Ziel zu erreichen. Die sich ewig hinziehenden Auseinandersetzungen der Mächte über Deutschlands Zukunft, das Gefühl nur Objekt zu sein, muß bei den meisten die Lebenskraft und Arbeitslust lähmen, von der Not der Unterernährung garnicht zu sprechen. Nein, ich finde es erstaunlich, ja, bewundere das deutsche Volk, daß es überhaupt noch soviel leistet wie es der Fall ist. Denken wir nur an das weitgehende Kulturinteresse, das Streben nach Wissenschaft und die den Engländern immer wieder auffallende Erscheinung, daß die Menschen trotz aller Verluste an Hab und Gut auf Ordnung und Sauberkeit der Kleidung und Wohnung noch so viel Wert legen. So lange solche Lebenskraft vorhanden ist, braucht man nicht zu verzweifeln und, weiß Gott, keine Minderwertigkeitskomplexe zu haben! Nur die Verkrampfung aller Geister und Dinge muß endlich einmal aufhören, um die latenten Kräfte der Jugend zu lösen. Sie muß Lust und

Freude am Schaffen bekommen und sich nicht den Kopf mit Denazifizierungssorgen schwer machen.

Nun zu dem Punkte, der für uns alle in der Stadt die entscheidende Rolle spielt: **Die Ernährung!**

Ernährung

Seit vielen Monaten kämpfen die zuständigen deutschen Stellen mit der Schwierigkeit, die auf die Neige gegangenen deutschen Vorräte durch Zuführen aus dem Auslande zu ergänzen. Angesichts der Unmöglichkeit, selbst Käufe im Ausland zu machen, waren sie bei diesen Bemühungen ausschließlich auf den guten Willen und die Hilfsbereitschaft der englischen Regierung angewiesen. Tatsächlich erfolgt die Ernährung der britischen Zone seit einigen Monaten überwiegend — in erster Linie in bezug auf Brotgetreide — durch die Käufe, welche England in Amerika und anderen überseeischen Ländern in Dollars tätigt. Da keinerlei Vorräte mehr in Deutschland vorhanden waren, hatte jede Verzögerung in der Ankunft der Dampfer zur Folge, daß die Brotverteilung gefährdet wird, wie es im Rheinland mehrfach vorgekommen ist. Es schien manchmal so, als ob der Anschluß an die neue Ernte nicht würde gefunden werden können. In den letzten Monaten waren die ausgeteilten Mengen Hungerrationen, von denen man kaum leben konnte. In bezug auf Brotgetreide ist es gelungen, die Versorgung sicherzustellen, die jetzigen Zuteilungen können bis zur neuen Ernte im September durchgehalten werden. Dagegen haben Sie gehört, daß die Fettration in der 91. Periode auf 200 g heruntersetzt werden muß. Das ist einfach katastrophal. Der Zonenbeirat hat sich auf seiner Sitzung am gestrigen Tage, an der dieses Mal auch die Vertreter der süddeutschen Länder und Vertreter der amerikanischen Besatzungsbehörde im Süden teilnahmen, mit dieser Sachlage erneut beschäftigt. Ich möchte Ihnen die Entschliebung wörtlich vorlesen. Sie lautet:

„Kürzung der Fettration. Die vom 21. 7. 46 an vorgesehene 50%ige Kürzung der Fettration ist eine so schwerwiegende Verringerung der Ernährung, daß sie die Bevölkerung ohne weitere schwere Schädigung in ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit nicht mehr ertragen kann. Vor allem verträgt der Kräftezustand der städtischen Bevölkerung der britischen Zone eine derartige Herabsetzung der Fettration nicht mehr, da ihr keinerlei Ausgleichsmaßnahmen wie auf dem Lande zur Verfügung stehen.

Auch in politischer Beziehung muß auf die außergewöhnliche Bedeutung der Kürzung der Fettration hingewiesen werden. Die durch sie entstandene Verzweiflung macht es den Führern der politischen Parteien, Gewerkschaften und der deutschen Verwaltung schwer, die deutsche Bevölkerung von dem guten Willen der Besatzungsmächte bei der Durchführung ihrer Maßnahmen zu überzeugen.

Der Zonenbeirat beschließt daher, die Kontrollkommission zu bitten, von einer Kürzung der Fettration in der britischen Zone abzusehen. Er bittet die Kontrollkommission darauf hinzuwirken, daß der zur Aufrechterhaltung der jetzigen Fettration erforderliche Zuschußbetrag an tierischen und pflanzlichen Fetten unter Vermittlung auswärtiger Regierungen in Europa und Übersee und vor allem durch die Hilfe der amerikanischen Regierung zur Verfügung gestellt wird.

Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß zur Beibehaltung der bisherigen Fettration nur 20 000 to Ölsaaten per Vierteljahr für die bri-

tische Zone erforderlich sind und dies ein ganz geringer Teil der in der Welt vorhandenen Vorräte ist.

Bei den Ölfrüchten ist die Sojabohne die wertvollste, auch diejenigen Stoffe enthaltende Frucht, welche die Mangelkrankheiten, insbesondere die Hungerödeme am wirkungsvollsten heilt.

Außer den pflanzlichen Fetten könnten durch Fischfang in vermehrtem Umfange auch tierische Fette zur Verfügung gestellt werden, wenn der vorhandene Mangel an Fischdampfern durch die zeitweilige Zurverfügungstellung von Minensuchbooten für die Fischerei ausgeglichen würde. Der Zonenbeirat empfiehlt dies ungeachtet der Verzögerung, die dadurch bei der Minenräumung entsteht.

Sollte sich die Zuweisung von Minenräumbooten nicht als ausreichend oder nicht als möglich erweisen, so wird gebeten, den Fischreedern die Möglichkeit zu geben, Fischdampfer anderer Nationen zu chartern.

Eine wesentliche Hilfe könnte dadurch erwachsen, daß ausländische Fischereiflottillen-Einheiten für den vorübergehenden Einsatz auf den Deutschland benachbarten Gewässern zugunsten der deutschen Bevölkerung bereitgestellt werden.

Da die vorstehend vorgeschlagenen Maßnahmen, die den gewünschten Ausgleich für die jetzt vorgesehene Kürzung der Fett ration bieten würden, aber bis zu dem Termin der Kürzung nicht wirksam werden könnten, bittet der Zonenbeirat die Kontrollkommission um Genehmigung, daß die noch vorhandenen Fettreserven zwischenzeitlich herangezogen werden, so daß die Kürzung keinesfalls erforderlich ist.“

Sie sehen, es wird wirklich alles versucht, um auf irgend eine Weise die Fett rationen zumindest aufrecht erhalten zu können.

Ein Trost ist, daß jetzt Kartoffeln zur Verfügung stehen und dadurch jedenfalls ein kleiner Ausgleich geschaffen wird. Wenn die neue Getreideernte, die erfreulicherweise — unberufen — gut steht, im September zur Verfügung stehen wird, sollte sich die Lage allmählich bessern. Inzwischen gilt es, den Monat August, den Tiefpunkt unserer Not auf dem Ernährungsbereiche, zu überstehen.

Heizmaterial

Unser Aller zweiter Sorgenpunkt war und ist die Frage des Heizmaterials. Die Aussichten für den kommenden Winter sind schlecht, daran läßt sich nicht zweifeln. Ich habe mich seit dem vorigen Winter mit allen Kräften für die Torfgewinnung eingesetzt und dabei die vollste Unterstützung der in Frage kommenden Behörden gefunden. Trotzdem waren die technischen Schwierigkeiten so ungeheuer groß, daß sich die Durchführung der Aktion immer wieder verlangsamte. Das nasse Frühjahrs-wetter hat ein übriges getan, so daß wir unsere Erwartungen erheblich werden zurückschrauben müssen. Seit einiger Zeit hat die Militärregierung einen besonderen Offizier eingesetzt, der die Torfangelegenheiten der ganzen Zone betreut. Vielleicht, daß dadurch die Situation doch noch besser wird.

Kürzlich hat das Hauptquartier außerdem angeordnet, daß große Mengen Holz geschlagen werden sollen, um — wie im vorigen Jahre — der Bevölkerung Holz für die Feuerung zur Verfügung zu stellen.

Wird der Plan durchgeführt oder, ich sage besser, läßt er sich durchführen, dann wird in der Umgegend Hamburgs kein Baum übrig bleiben!! Besonders aber nicht in Hamburg selbst, denn es ist angeordnet, daß die

Bäume in der Stadt zuerst zu schlagen sind. Wenn man nun bedenkt, daß sich erstens technisch ein Holzschlag so riesigen Ausmaßes gar nicht durchführen läßt, daß es zweitens für Hamburg und seine Umgebung unverantwortlich wäre, die ganzen Baumbestände zu vernichten und endlich bedenkt, daß das Verbrennen frischen Holzes ohnehin nur geringen Nutzeffekt hat, dann bleibt nur die eine Erkenntnis: Weder durch Torf, noch durch Holz läßt sich Abhilfe schaffen, also muß erreicht werden, daß Kohlen für die Heizung zum mindesten der Großstädte zur Verfügung gestellt werden. Ein entsprechendes Quantum Ruhrkohle muß von der Kohlenförderung zu diesem Zwecke jetzt schon abgezweigt werden, auch müssen Braunkohlenbriketts beschafft werden. Anders als durch Kohle läßt sich das Problem einfach nicht lösen. Wir müssen und werden diese Forderung immer wieder erheben und dringend warnen: Die durch den Winter dieses Sommers geschwächte Bevölkerung wird einen nochmaligen Winter ohne Kohlen, noch dazu wenn er nicht wieder so milde wie der vorige wird, nicht überstehen!

Denazifizierung

Ein weiterer Grund für die Verschlechterung der Stimmung ist zweifellos die Art der Denazifizierung. Schon das Wort ist furchtbar, die Sache selbst aber tragisch. Unvermeidlicher- und notwendigerweise mußten nach der unerhörten Mißwirtschaft der Nazizeit alle verbrecherischen und üblen Elemente entfernt werden, die die Macht an sich gerissen oder benutzt hatten, um auf unlautere Weise ihre Interessen zu fördern. Eine gründliche, sachliche und trotzdem nicht zu langsame Säuberung von Nazi-Elementen war und ist also unbedingt erforderlich.

Es war nur natürlich, daß diejenigen, welche furchtbare, ja furchtbarste Leiden im In- und Auslande ertragen hatten, Vergeltung heischten und sichtbare Bestrafung der Nazi-Elemente verlangten. Bei solcher Sachlage war es für die Militärregierung zweifellos schwer, mit dieser Aufgabe in einer Weise fertig zu werden, die einerseits diesem verständlichen Vergeltungsbedürfnis, andererseits den sachlichen Erfordernissen der Wirtschaft und Verwaltung entsprach. Ich brauche nur das Wort „Fragebogen“ auszusprechen, um uns alle empfinden zu lassen, wie unglücklich die englischen Maßnahmen auf diesem Gebiete gewesen sind. Endlich hat sich die Entwicklung nun soweit geklärt, daß sich eine ruhige und sachliche Beurteilung in Deutschland und im Auslande durchzusetzen beginnt. Dieses findet darin seinen Ausdruck, daß endlich, leider viel zu spät, die Besatzungsmacht die Erledigung dieser undankbaren Aufgabe uns Deutschen überläßt. Ich hoffe sehr, daß die nunmehr seit kurzem amtierenden Prüfungs- und Berufungs-Ausschüsse dieser Aufgabe gerecht werden. Einen prägnanten Ausdruck der wachsenden Einsicht sehe ich darin, daß die Bürgerschaft kürzlich einmütig den Beschluß gefaßt hat, daß die Jugendlichen vom Jahrgang 1916 an nicht unter die Denazifizierung fallen sollen, es sei denn, daß sie sich strafbare oder tadelnswerte Handlungen haben zu schulden kommen lassen. Der Zonenbeirat ist weitergegangen und hat einstimmig das Jahr 1915 als Stichtag gefordert. In der amerikanischen Zone ist ein derartiges Gesetz, allerdings mit einem für die Jugend ungünstigeren Stichtag, nämlich 1919, bereits erlassen. Ich hoffe zuversichtlich, daß auch die britische Zone nicht damit auf sich warten lassen wird. Endlich setzt sich immer mehr die Auffassung durch, daß nicht die formalen Merkmale, wie sie durch den Fragebogen erkennbar werden, maßgebend für die Beurteilung sein sollten, sondern die Anständigkeit des Charakters und die politische Haltung, ganz un-

abhängig davon, in welchem Jahre der Betreffende in die Partei eingetreten ist.

Das scheint mir außerordentlich wichtig! Nun gilt es die Aktion so schnell wie möglich durchzuführen, damit die Menschen endlich wieder ruhig leben können und die üble Einteilung in erst- und zweitrangige Menschen innerhalb des eigenen Volkes aufhört. Die Periode der Judensterne sollte wirklich keine Wiederholung finden. Viele Fragen sind aber auch auf diesem Gebiet noch unerledigt. So erscheint es mir ganz unbillig, daß denazifizierte Personen, sofort bei der Suspendierung oder Entlassung alle schweren Nachteile persönlicher und wirtschaftlicher Art zu tragen haben, wie die Entfernung aus der Firma oder dem Amte, die Entziehung der Wohnung und die Sperrung des Vermögens oder des Telefons, noch ehe die Berufungskommissionen, die doch seit kurzem geschaffen sind, über den Betreffenden endgültig und in vielen Fällen doch zweifellos anders als in der ersten Instanz geurteilt haben. Im Falle der Freisprechung in der Berufungsinstanz wäre den Betroffenen doch sonst schweres Unrecht zugefügt worden. In der Zwischenzeit sollte nur eine Beurteilung erfolgen, um die Ausschaltung des Betreffenden aus seinem Arbeitsgebiet zu gewährleisten.

Ein weiterer Punkt bedarf noch dringend der Regelung. Bisher können die Kommissionen eigentlich nur einen Freispruch oder eine Verurteilung aussprechen. Es muß gefordert werden, daß, ähnlich wie beim ordentlichen Gericht, das Strafmaß alle Schattierungen aufzeigen kann, die der Schwere der einzelnen Fälle entsprechen, d. h. der Beamte muß mit voller oder teilweiser Pension entlassen werden können, und der Wirtschaftler auf längere oder kürzere Zeit aus seiner Stellung ausscheiden.

Alle diese Punkte bedürfen einer gleichen gesetzlichen Regelung, zum mindesten in der ganzen westlichen Zone, damit die Bevölkerung die von den Kommissionen gefällten Urteile als überzeugend und gerecht empfindet.

Internierung

Wenn ich, so unpopulär das zur Zeit auch ist, England in bezug auf die Ernährung Gerechtigkeit widerfahren lasse, so erkläre ich in bezug auf die Denazifizierung ebenso deutlich, daß mir die englische Handhabung derselben, wenn sie auch in der amerikanischen Zone noch planloser war, unverständlich ist. Es ist mir unfaßbar, daß ein Volk wie das englische, das doch mit Recht als politisch ungewöhnlich erfahren gilt, einen solchen Mangel an politischem Fingerspitzengefühl hat zeigen können. Mir sagte einmal ein Engländer, daß die monatelange Internierung der Tausende von Männern, nur weil sie ein bestimmtes Amt oder einen bestimmten Rang gehabt hatten, doch verhindert habe, daß eine gewaltsame Auflehnung vorgekommen sei. Meine Damen und Herren, ich habe darüber nur aufrichtig aber doch innerlich tieftraurig lachen müssen. Wenn etwas dazu hat dienen können, die Stimmung in der Bevölkerung zu verschlechtern, so ist es die Handhabung der Denazifizierung und die Art der politischen Internierung gewesen.

Wohnraum

Ich komme zu einer anderen Frage, die gerade in der letzten Zeit Hamburgs Bevölkerung auf das ernsteste beschäftigt und besorgt gemacht hat: die Frage des Wohnraumes. Hier handelt es sich um ein Gebiet, das der Hamburger Verwaltung von Anfang an die schwersten Sorgen bereitet hat. Das fehlende Baumaterial, der Mangel an Handarbeitern, sind die Ihnen

allen bekannten Hauptschwierigkeiten. Die Zunahme der Bevölkerung von 900 000 auf 1,4 Millionen Menschen bei einem zerstörten Wohnraum von über 50 Prozent und die ganz geringen Reparaturmöglichkeiten während des ersten Jahres mußten zwangsläufig zu einem traurigen Zustand führen. Nun kommen die deutschen Zentralbehörden, das Hauptquartier und Familienangehörige der Besatzungsmacht auch nach Hamburg. Alle diese Verhältnisse sind ja bekannt, als daß ich im einzelnen darauf einzugehen brauche. Die Entscheidung über die Uebersiedlung des Hauptquartiers ist nach langer Ueberlegung in London gefallen, wir sind gegen diese Entscheidung **machtlos**. Wir können nur versuchen, deren Härten für die Betroffenen zu mildern. Es ist erreicht worden, daß Neubauten errichtet werden, die für spätere hamburgische Verwendung geeignet sind, daß die zu Evakuierenden einige Wochen Zeit bekommen und ihre Möbel mitnehmen dürfen, daß vor allen Dingen aber genügend Ersatzraum jeweilig zur Verfügung stehen soll, um die Umzuquartierenden aufzunehmen. Diese Zusage ist englischerseits schriftlich und in der Presse gemacht worden. Nun weiß ich natürlich nur zu gut, daß man diesen Versicherungen vielfach nicht glaubt, weil man zu oft erfahren hat, daß infolge der Härte der Tatsachen die Erwartungen nicht erfüllt worden sind. Ja, meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, ich muß mich vorsichtig ausdrücken; ich kann deshalb nur sagen, mir müssen und werden alle zusammenhalten und unseren ganzen Einfluß geltend machen, daß die Einhaltung der Zusage tatsächlich erfolgt. Trotzdem bleibt für die betroffene Bevölkerung die Umquartierung ein harter Schlag, besonders für die Flüchtlinge und Ausgebombten, die in dem zu räumenden Gebiet unterkommen konnten. Wir müssen uns aber doch die nötige Objektivität bewahren, um zu erkennen, daß die Tatsache, daß Hamburg die einzige Stadt der britischen Zone sein wird, in der man neue Wohnungen baut, in der man in großem Maßstabe Privatwohnungen und Kontore repariert und wieder bewohnbar macht, doch wohl von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Im Laufe der Zeit muß sich dieses für Hamburg einmal nützlich auswirken. Der für die Neu- und Umbauten ausgeworfene Betrag beträgt zirka 170 Millionen Mark, das bedeutet eine gewaltige Summe an Baumaterial, die Hamburg aus der britischen Zone geliefert erhält, und viel Betätigungsmöglichkeit für die Hamburger Wirtschaft.

Wirtschaft

Was nützt aber dieser Trost, wenn inzwischen die wirtschaftliche Existenzbasis Hamburgs, sein Handel, seine Schiffahrt und seine Industrie vernichtet wird. Mit der zeitweisen Unterbindung der Schiffahrt, ja, mit der Ausschaltung des Außenhandels hatten wir uns nach dem Zusammenbruch wohl innerlich weitgehend abgefunden, der Zorn hat uns aber alle übermannt, als man aufgrund der Potsdamer Beschlüsse tatsächlich die Werften zu sprengen begann. Sie wissen, wie stark die Bevölkerung und naturgemäß auch Senat und Bürgerschaft erregt worden sind durch die Sprengung der Helgen von Blohm & Voß und die kurze Zeit darauf ebenfalls beabsichtigte Sprengung der Helgen der Howaldt- und anderer Werften. Sie wissen, daß es gelungen ist, diese Sprengung teilweise abzuwehren und die Demontierung der entfernbarer Teile der Helgen zu erreichen. Es galt aber hauptsächlich, den Grundsatz durchzusetzen, daß wirtschaftlich verwendbare Gegenstände, auch wenn sie sich z. B. in U-Booten befanden, wie etwa Dieselmotore, besonders aber z. B. Fischkutter, auch wenn sie nicht genau den Potsdamer Vorschriften entsprechen, nicht vernichtet werden, sondern nach der notwendigen Aenderung für

andere wirtschaftliche Zwecke Verwendung finden. Ein Teil der Bevölkerung, welcher nicht näher mit den Dingen vertraut ist, hat geglaubt, Senat und Bürgerschaft, in erster Linie aber ich selbst, hätten die Hamburger Belange nicht energisch genug vertreten, wir hätten unsere Ämter zur Verfügung stellen sollen. Ich will Ihnen nunmehr verraten, jetzt, nachdem die Gefahr weitgehend beseitigt ist, es hat an der nötigen Energie meinerseits nicht gefehlt. Ich habe damals mein Amt zur Verfügung gestellt, für den Fall, daß es zur Sprengung käme und nicht eine grundsätzliche Änderung in bezug auf die Erhaltung wirtschaftlicher Werte stattfände. Dieser Schritt hat seinen Eindruck nicht verfehlt. Ich bin ersucht worden, mein Amt weiter auszuüben und habe dies deshalb tun können, weil die Sprengung und die sinnlose Vernichtung von Werten unterblieben ist und, wie ich bestimmt hoffe, auch weiterhin unterbleiben wird!

Es wäre aber ein Unrecht und unfair, wenn ich nicht auch bei dieser Gelegenheit aussprechen würde, daß Senat und Bürgerschaft einschließlich der Kommunisten sich ebenfalls energisch bemüht haben, dieses Ziel zu erreichen. Wenn ich die Kommunisten besonders hervorhebe, so deshalb, weil sie in Zeitungen und in der Bürgerschaft wiederholt erklärt haben, daß sie die Potsdamer Beschlüsse als gerechtfertigt und erträglich ansehen. Ich bin darüber ganz anderer Ansicht, schon weil nur ein Teil dieser Beschlüsse zur Durchführung gelangt ist, nämlich nur alles Negative. Das wenige Positive der Beschlüsse dagegen wird nicht berücksichtigt. Deutschland sollte eine Wirtschaftseinheit werden! Die Zerstörungen und die Maschinenablieferungen sollten die Lebensfähigkeit der Wirtschaft nicht vernichten. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Die Zonengrenzen zerstören den deutschen Wirtschaftsorganismus, die Maschinenablieferungen verhindern weitgehend den Aufbau einer Friedensproduktion.

Man darf in der Öffentlichkeit keine Kritik an Entscheidungen der alliierten Mächte üben, ganz besonders ich muß mir naturgemäß Zurückhaltung auferlegen, gerade deshalb dürfen wir uns aber desto mehr darüber freuen, daß die Erkenntnis über die Untragbarkeit der deutschen Lage im Ausland in der letzten Zeit mit einer Schnelligkeit und Intensität wächst, die erwarten läßt, daß wir über den Tiefpunkt unseres Unglücks hinweg sind.

Die Einstellung der Engländer in bezug auf die deutsche Wirtschaft hat sich zweifellos letzthin geändert. Das geht zum Beispiel daraus hervor, daß ich kürzlich die Aufforderung erhielt, Vorschläge für die zukünftige wirtschaftliche Existenz Hamburgs auszuarbeiten. Endlich einmal eine konstruktive Aufbauarbeit, anstatt sich nur tagaus, tagein mit den dringenden Sorgen des Augenblicks befassen zu müssen!

Da die Schifffahrt auf längere Zeit nur zum geringen Teil in deutschen Händen liegen und auch der Außenhandel sich erst allmählich wieder erholen wird, muß die bodenständige hamburgische Industrie eine starke Entwicklung nehmen. Die Lebensmittelindustrie, in erster Linie die Fischwirtschaft, dann aber auch die Veredelungsindustrie auf Basis eingeführter Rohstoffe, wie Mineral- und Pflanzenöle, bieten wichtige Grundlagen für die Versorgung des Inlandes und die Betätigung im Außenhandel. Ferner wird das Handwerk dazu berufen sein, als Ersatz für die verkrüppelte Großindustrie in die Bresche zu springen.

Ich habe schon in einer meiner ersten Reden im Frühling vorigen Jahres den kaufmännischen Kreisen geraten, sich nach einer anderen Betätigung umzusehen, weil sie vermutlich auf längere Zeit im Kaufmannsberuf kaum

genügend Beschäftigung finden würden. Leider ist dieser Rat nur allzu be-
rechtigt gewesen. Wir müssen es fertig bringen, für diesen Bevölkerungsteil
in Hamburg selbst nützliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden,
denn der Stamm erfahrener Kaufleute, die Auslandskenntnisse besitzen, ist
eine der stärksten Aktiven der hamburgischen Wirtschaft. Wir müssen ihn
uns im Interesse der Zukunft unbedingt erhalten; allzulange wird es
nun doch wohl hoffentlich nicht mehr dauern, bis der Außenhandel
wieder zur Geltung kommt. Es ist das erklärte Ziel der amerikani-
schen Politik gewesen, den Welthandel zur Blüte zu bringen, es ist die
dringendste Notwendigkeit Englands, seinen Export zu fördern. Beide
Wünsche machen es für diese Länder zum eigensten Interesse, den Wirt-
schaftsverkehr mit Deutschland zu entwickeln, um auch hier ihre Pro-
dukte und ihre Fabrikate abzusetzen. Der kindliche Glaube vieler Menschen
ist nicht auszurotten, daß der deutsche Export eine Schädigung für den
englischen Export bedeute. Jeder Sachverständige im Außenhandel weiß,
daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Zwischen keinen zwei anderen Län-
dern hat ein so lebhafter Güteraustausch stattgefunden, wie zwischen
Deutschland und England, gerade weil sie beide hochindustrialisierte Län-
der mit hohen Bedürfnissen der Bevölkerung waren.

Aber auch das Interesse der anderen europäischen und überseeischen
Länder bedingt ein kaufkräftiges Deutschland. Es wird kaum ein Jahr mehr
dauern und die Rohstoffe werden in den meisten Ländern den Verkäufern
nicht mehr fortgerissen werden, sondern die Verkäufer werden sich
wieder um Käufer bemühen. Erst wenn dieser Zustand erreicht sein
wird, wird die Welt wieder gesunden. Der unnatürliche Zustand, daß
infolge des allgemeinen Warenmangels auf Qualität nicht gesehen wird, und
der Handel weitgehend als Flucht in die Sachwerte betrieben wird,
hat keine lange Zukunft mehr vor sich.

Sie werden nun denken, Herr Petersen beschäftigt sich ja nur mit den
allgemeinen Angelegenheiten Hamburgs, aber nicht mit der Frage der Stel-
lung der CDU. zu diesen Dingen.

Meine Damen und Herren, das liegt erstens daran, daß ich nicht Partei-
politiker bin, zweitens mir in meiner Stellung absichtlich Zurückhaltung
auferlege.

Warum CDU.?

Ich will aber doch sagen, warum ich glaube, daß die CDU. ein so außer-
ordentlich wertvoller Faktor in der Politik ist. Die Welt ist aufgespalten in
Weltanschauungen, jeder einzelne muß deshalb Farbe bekennen. Wir sehen
auf der einen Seite das reiche Amerika mit seiner ausgesprochen privat-
kapitalistischen Lehre und der absoluten Freiheit des Individuums, auf der
anderen Seite Rußland mit seiner kommunistischen Lehre der Allmacht des
Staates und des Verzichtes des einzelnen auf persönliche Lebensgestaltung.
Neben diesen beiden extremen Lebensauffassungen steht die englische,
welche durch demokratische Einrichtungen eine freie Lebensgestaltung des
Einzelnen ermöglicht, aber den Wirtschaftsablauf durch weitgehende Pla-
nung und Lenkung ordnend beeinflusst. Diese englische Auffassung ist, wie
ich meine, die einzige, die sich für Westeuropa und Deutschland eignet.
Darüber sind sich die Sozialdemokratie und die Christlich-Demokratische
Union wohl einig.

Der Unterschied zwischen ihnen besteht ihnen besteht darin, daß die Sozialdemo-
kratie die Planung und Lenkung des Wirtschaftslebens als erwünsch-
ten Zustand betrachtet, während die CDU. sie als notwendiges
Übel ansieht. Ich halte eine weitgehende Planung auf allen Gebieten des

Lebens nur solange für unvermeidlich, bis die Mangelerscheinungen einem normalen Warenverkehr gewichen sind. Wenn ein sozialdemokratischer Redner vor einiger Zeit sagte, für die Privatwirtschaft würde zwischen den Speichen der Räder des Wirtschaftsgeschehens nur in Mittel- und Kleinbetrieben noch ein gewisser Bewegungsraum bleiben, dann erkläre ich, solch Aschenputteldasein will die Privatwirtschaft nicht. Ich möchte die Betätigung der Privat-Initiative und der Privatwirtschaft mit der Aufgabe des Motors bei einem Auto vergleichen. Der Staat ist der Chauffeur, er ist für die Lenkung verantwortlich, die Privatwirtschaft ist der Motor. Wenn der Motor nicht in Ordnung ist, dann steht das Auto still, selbst wenn der Fahrer noch so tüchtig ist. Die Privatwirtschaft muß den Staatskarren in Gang halten. Die Beweglichkeit und die Entschlußfreudigkeit des Kaufmanns ist für die Wirtschaft genauso wichtig wie die Stetigkeit und Umsicht des Beamten für den Staat.

Was haben wir nun aber unter Privatwirtschaft zu verstehen? Früher sah man die Verkörperung der Privatwirtschaft überwiegend in den Firmeninhabern und den leitenden Herren der Betriebe. Ich meine, eine der von mir am Anfang meiner Ausführungen erwähnten Änderungen in der Struktur der Wirtschaftsverhältnisse besteht darin, daß der Arbeitnehmer jetzt ein völlig gleichwertiges Glied in der Wirtschaft geworden ist. Aus dieser Erkenntnis müssen die nötigen Folgerungen gezogen werden. Daher ist es von außerordentlicher Bedeutung, daß die früher politisch orientierten Gewerkschaften sich nunmehr auf parteipolitisch neutraler Basis zusammengefunden haben. Meine Damen und Herren, die Bedeutung dieser Tatsache wird lange nicht genügend erkannt. Ich weiß, es wird unwillkürlich auch in Hamburg vielen noch schwer, sich den früheren Gedanken abzugewöhnen, daß die Wirtschaft nur die Gesamtheit der Firmen bedeutet. Ich möchte dringend empfehlen, diesen Gedanken fallen zu lassen und in den Kammern und allen anderen dafür in Frage kommenden Gremien den Arbeitnehmern durch Gewerkschaftsvertreter angemessenen Einfluß einzuräumen. Natürlich kann das nur einheitlich in der ganzen Zone geschehen. Gerade weil die Wirtschaft von Politik freigehalten werden muß und in der jetzigen katastrophalen Lage unseres Landes die einmütige Zusammenarbeit aller in der Wirtschaft Tätigen eine unbedingte Notwendigkeit ist, muß dieser Entwicklung Rechnung getragen werden.

Neben diesen wirtschaftlichen Dingen haben nun aber gerade in unserer Notzeit die kulturellen Fragen eine hervorragende Bedeutung. In der Beziehung glaube ich nun, daß die CDU eine ganz große Aufgabe hat! Durch den Nationalsozialismus ist das äußere Heldentum, der übertriebene Gedanke des Staatsnutzens, des Glanzes und des Geltungsbedürfnisses derartig in den Vordergrund getreten, daß alle Gedanken an ethische Momente, an das Recht, an den Wert religiöser Empfindungen systematisch abgetötet worden sind. Wieweit die brutale, ich möchte sagen, tierische Diesseitigkeit ging, fand seinen krassesten Niederschlag in der Theorie der Differenzierung der Rasse, in der Tötung derjenigen Menschen, die nicht lebenswichtig für den Staat schienen. Meine Damen und Herren, gegen diese Einstellung bäumt sich in den Menschen, die sich mit der europäischen und deutschen Vergangenheit verbunden fühlen, die in dieser Vergangenheit die Basis ihrer Existenz sehen, alle gesunde Empfindung auf. Wir lassen uns die ethischen Werte nicht rauben und wollen sie uns über alle Notzeiten hinaus erhalten, denn nur sie machen das Leben erst lebenswert. Die CDU vertritt den Standpunkt, daß diese Empfindungen das ganze menschliche Leben beeinflussen

müssen. Wenn gerade in der jetzigen Zeit die Betonung dieser Momente einen so außerordentlichen Widerhall unter den verschiedenen Völkern gefunden hat, so doch wohl deshalb, weil in den Kriegsjahren und besonders in Deutschland durch den Nationalsozialismus diese Werte so radikal unterdrückt worden sind.

In einem englischen Artikel habe ich kürzlich gelesen, daß „starvation of love“, der Heißhunger nach Liebe, das beeindruckendste Moment der deutschen Not sei. Ja, meine Damen und Herren, das ist wirklich wahr, unter der Not der Zeit, unter der Lehre des Nationalsozialismus ist den Menschen das Moment der Liebe, in erster Linie der Liebe zwischen Eltern und Kindern künstlich abgewöhnt worden. Das Volk sehnt sich jetzt nach Liebe so stark wie wohl selten zuvor. Die CDU. will dieses Moment der Liebe mit allen Mitteln in das tägliche Leben hineinragen.

Dazu sind in erster Linie die Frauen berufen. Deshalb hoffe ich sehr, daß ganz besonders die Frau als der wesentlichste und einflußreichste Gestalter der Volkseele weitgehenden Anteil an der politischen Neugestaltung unseres Lebens freudig übernehmen wird!

Die CDU. verlangt: Die Erziehung des Einzelnen zur Persönlichkeit, das liebende Verständnis des Mitmenschen, die wirtschaftliche Vernunft!

An der CDU. schätze ich besonders die Großzügigkeit, mit der sie verschiedene Auffassungen in ihrem politischen Rahmen vereinigen läßt. Diese Großzügigkeit ist gerade das, was wir in diesen Tagen gebrauchen, es gilt das Einigende vor das Trennende zu stellen. Wie erfreulich sich diese Auffassung auf manchen Gebieten unter der Not der Zeit bereits ausgewirkt hat, geht doch aus der Tatsache hervor, daß die beiden Konfessionen durch den gemeinsamen Kampf gegen den Ungeist des wotansgläubigen Nationalsozialismus und die religionsgegnerische Einstellung des Kommunismus sich in der CDU. zusammengefunden haben. Welches unendliche Leid wäre dem deutschen Volke erspart geblieben, wenn sich diese Einsicht der gemeinsamen christlichen Lebensauffassung früher durchgesetzt hätte.

Wenn man diese großen Momente begreift und die dringenden Aufgaben des Tages bedenkt, dann verstehe ich nicht, wie man der Frage des Namens der einzelnen Partei solche Bedeutung beimessen kann, wie man ernsthaft der Meinung sein kann, man könne sich der CDU. nicht anschließen, weil man sich am Namen „Christlich“ stieße.

Ausblick in die Zukunft

Ich bin fest überzeugt, daß, wenn der Gedanke des gemeinsamen Zusammenstehens sich mehr und mehr durchsetzt, wir die schwierige Zeit, die vor uns liegt, schneller überwinden werden, als es manche für möglich halten. Psychologisch hat die Kriegspsychose, hat der Haß unter den Völkern begonnen abzuflauen. Aus fast dem ganzen Ausland hören wir, daß man beginnt, wieder Verständnis für Deutschland zu haben und man sich klar macht, daß ohne seine Einschaltung in das Weltgeschehen kein Friede und keine Besserung der Weltwirtschaft möglich ist. Es liegt an unserem Takt, an unserem Geschick, an unserem politischen Verständnis, diese Entwicklung zu beschleunigen. Wenn Hamburg in dieser Notzeit für das kulturelle Leben mehr getan hat als bei seiner wirtschaftlichen Notlage angemessen erscheinen könnte, glaube ich doch, daß das dafür ausgegebene Geld gut angewandt ist. Die bemerkenswert hochstehenden kulturellen Darbietungen in Hamburg bieten der leidenden Be-

völkerung eine dringend notwendige Zerstreuung, und sie fördern gleichzeitig das Verständnis des Auslandes für Deutschland. Gerade im Hinblick auf das nach Hamburg kommende Hauptquartier soll und muß das Hamburger Kulturleben das Verständnis zwischen dem englischen und deutschen Volke wecken, denn diese beiden Völker sind trotz aller Schwierigkeiten des Augenblicks dazu berufen, in Europa zusammenzustehen.

Alle Völker Europas können für die wahnsinnigen Opfer des Krieges nur durch wirtschaftliche engste Zusammenarbeit entschädigt werden. Deutschland hätte diese große Aufgabe übernehmen können, es ist aber, wie mir ein Hamburger Kaufmann, der das Benehmen der Nazi-größen in Polen im Kriege beobachtet hatte, einmal sagte, für diese Aufgabe „gewogen und zu leicht befunden“. Ich hoffe im Interesse Europas und Deutschlands dringend, daß der vielleicht nicht wiederkehrende Zeitpunkt, diese große Aufgabe zu meistern, jetzt nicht auch von England verpaßt wird. Wir wollen jedenfalls nicht den Mut sinken lassen und mit allen Kräften daran arbeiten, daß dieses Ziel erreicht wird. Hamburg wird in einer gesunden Weltwirtschaft seine Bedeutung wiedergewinnen. Hamburg braucht sich nicht erst an Demokratie und Verständnis für andere Völker zu gewöhnen, wir brauchen nur zu sein, was wir immer waren, gute Hamburger und gute Deutsche, aufgeschlossen für die Welt und die Schätze, die uns die christliche Kultur hinterlassen hat.

Nr.

Aufnahmeantrag in die Christlich-Demokratische Union

Jos. Schütt

Landesverband Hamburg

Name: Vorname:

Beruf: Arbeitnehmer / Arbeitgeber

Geboren am: Selbständig?

in:

Wohnung, Ort, Straße u. Haus-Nr.:

Waren Sie Mitglied in der NSDAP.? Ja / Nein Seit

Waren Sie aktiv tätig? Ja / Nein Als

Ich versichere, daß vorstehende Angaben von mir wahrheitsgemäß gemacht sind und ferner, daß ich mich zu den Grundsätzen der Christlich-Demokratischen Union bekenne.

Ich bin bereit, an Jahresbeitrag zu bezahlen RM.

Einmalige Spende RM.

Hamburg, den 1946

Aufnahme genehmigt
abgelehnt

.....
(Unterschrift)

Der Aufnahmeausschuß